



## Presseinformation

Nr. 360/2001

Kiel, Donnerstag, 18. Oktober 2001

*Sperrfrist: Redebeginn*

*Es gilt das gesprochene Wort!*

Wirtschaftspolitik/Messekonzeption

**Wolfgang Kubicki, MdL**  
*Vorsitzender*

**Dr. Christel Happach-Kasan, MdL**  
*Stellvertretende Vorsitzende*

**Dr. Ekkehard Klug, MdL**  
*Parlamentarischer Geschäftsführer*

**Christel Aschmoneit-Lücke, MdL**

**Joachim Behm, MdL**

**Dr. Heiner Garg, MdL**

**Günther Hildebrand, MdL**

## Christel Aschmoneit-Lücke: Finger weg vom Messemarkt

In ihrem Beitrag zu **TOP 37** (Messekonzeption) sagte die wirtschaftspolitische Sprecherin der FDP-Landtagsfraktion, **Christel Aschmoneit-Lücke**:

„Eine zentrale Botschaft des Gutachtens lautet: Der Markt für Messen, Kongresse und Events ist ein Wachstumsmarkt, aber Schleswig-Holstein spielt keine überregionale Rolle. Deshalb ist, ich zitiere aus dem Bericht, „... der Aufbau eines breit wirkenden und international positionierten Messestandortes in Schleswig-Holstein realistisch nicht machbar und deshalb kein sinnvolles Ziel ...“

Die Begründung wird auch geliefert: Es fehlt, ich zitiere: „... die langjährige Basis, die adäquate Infrastruktur und die internationale Erreichbarkeit.“

Ohne internationale Erreichbarkeit keine internationalen Kunden, so ist das nun einmal. Wir sollten diese Erkenntnis der Gutachter ernst nehmen, denn sie lässt sich auch auf viele andere Wirtschaftsbereiche übertragen—aber dass ist hier nicht das Thema.

Ansonsten lässt sich der Bericht kurz zusammenfassen:  
Um die Effektivität und Effizienz der Messeaktivitäten zu erhöhen, sollen die Veranstalter sich auf ihre Kernkompetenzen konzentrieren, doppelte Arbeit vermeiden und mit besserem Marketing mehr Kunden anlocken.

Das trifft selbstverständlich auf jede Branche und auf jedes einzelne Unternehmen zu; ein wirklicher Erkenntnisgewinn ist das wahrlich nicht.

In der Umsetzung empfehlen die Gutachter dann die Gründung eines Verbundes mit Dachmarke und gemeinsamer Website inklusive Terminkalender und Werbung sowie zentrale Beschaffung.

Auch hier ist der Neuigkeitswert nicht erkennbar.  
Private Unternehmen kommen in der Regel von alleine darauf, wie sie Geld verdienen können—auch im Messemarkt.

Deshalb ist es auch weder verwunderlich noch ein Vorwurf, dass die Gutachter keine wesentlichen Neuigkeiten entdeckt haben. Die wesentlichen Geldquellen werden die privaten Veranstalter schon erschlossen haben.

Der Wirtschaftsminister hat es auch erkannt, deshalb, ich zitiere, „ ... erscheint eine Beteiligung des Landes an dieser Kooperation weder sachlich noch finanziell erforderlich zu sein.“

Damit stellt sich die Frage, wo und warum der Landtag hier noch eingreifen sollte. Wenn sich unsere eingriffsfreudige Landesregierung endlich einmal zurückhalten will, dann sollten wir sie nicht daran hindern, sondern durch eigene Zurückhaltung unterstützen.

Ganz anders sehen es die Kollegen Hay und Müller. In den Kieler Nachrichten wurden sie am Samstag so zitiert, als wäre sofortiges, umfassendes Handeln des Landes unabdingbar. Konzentration überörtlicher Veranstaltungen auf vier Standorte, Schließung der Standorte Rendsburg und Husum, einheitliches Hallenmanagement als Fernziel—so würde nach den Herren Hay und Müller ein Schuh daraus.

Ich frage mich oder vielmehr den Kollegen Müller, wozu der Wirtschaftsminister ein teures Gutachten in Auftrag gibt, einen Bericht verfassen lässt, und der Landtag wertvolle Zeit für die Diskussion verwendet, wenn die Mehrheitsfraktion der Koalition schon Konzepte vertritt, die die Erkenntnisse der Gutachter und der Landesregierung offensichtlich negieren.

Aus dem Bericht der Landesregierung geht eindeutig hervor, dass weiteres staatliches Handeln im Messemarkt fehl am Platz ist—so wie in den meisten Märkten. Wenn die Veranstalter aus eigenem Interesse stärker zusammenarbeiten wollen, um sich die Potentiale dieses Wachstumsmarktes besser zu erschließen, dann ist das gut so.

Wenn sie es nicht wollen—dann ist das auch gut so.

Es ist nämlich deren Sache, sie arbeiten mit ihrem eigenen Geld.

Wenn das Land sich an Infrastrukturmaßnahmen beteiligen soll, so stehen den Veranstaltern die einschlägigen Förderprogramme des Landes selbstverständlich offen, so wie allen anderen Interessenten.

Ein weiteres Engagement des Lands ist nicht notwendig.

Wenn ich an die Campushalle in Flensburg denke, wäre weniger Engagement vielleicht sogar mehr.

Und für Herrn Hay und Herrn Müller habe ich noch einen Vorschlag:  
Put your own money, where your mouth is.“